Textliche Festsetzungen
 des Bebauungsplanes Nr. 107 der Stadt Neuß
 (Wesentlicher Bestandteil des Bebauungsplanes)

1. Nutzungsart
 Das Gebiet wird als Geschäftsgebiet ausgewiesen.

2. Bebauung
 Bei der Bebauung handelt es sich um ein drei- und ein fünfgeschossiges Geschäftshaus mit Flachdach, dessen Fluchtlinien im Plan festgelegt sind. Die Fluchtlinien liegen in der Projektion der Obergeschosse. Der Bereich der jeweils zurückspringenden Erdgeschosse unterliegt der öffentlichen Nutzung.

3. Verkehr
 Die Verlängerung der Zollstraße besteht aus zwei getrennten Fahrbahnen als Zu- und Abfahrt zur geplanten Örtangente sowie zur später zu bauenden Hochstraße. Nach Fertigstellung der Hochstraße wird die Einfahrt von der verlängerten Zollstraße in den Omnibusbahnhof geschlossen. Die ausgewiesenen Tunnel sind als Privatdurchgänge zulässig. Zusätzlich sollen zwei Fußgängerüberwege mit jeweiligen Fahrbahnteiler als Ruhepunkt gebaut werden. Die Verkehrsregelung erfolgt durch eine Verkehrssignalanlage. Die im Plan festgelegten Parkflächen am Kaufhaus sind auf zwei Ebenen verteilt, deren obere - zum Teil auf Stützen stehend - von der Hessenstraße zu erreichen ist, die untere von der geplanten Straße (Hessendamm).

Für diesen Teilbereich des B.- Planes 107 gelten zusätzlich noch die Festsetzungen des B.- Planes 430B.

Für diesen Teilbereich des B.- Planes 107 gelten zusätzlich noch die Festsetzungen des B.- Planes 430B.

1. Ausfertigung

Gemeinde Neuß
Bebauungsplan Nr. 107
 Gemarkung Neuß
 Flur Nr. 7
 Maßstab 1:500

Gebäudebestand	Grenzen, Flucht- u. Baulinien	Verkehrs- u. Grünflächen	Baugebiet	Entwässerungsanlagen		
<ul style="list-style-type: none"> Wohngebäude Wirtschaftsgebäude Abbruch Geschoßzahlen 	<ul style="list-style-type: none"> Flurgrenze Flurstücksgrenze Grenze des Plangebietes Alte Fluchtlinie Neue Fluchtlinie Neue Baulinie 	<ul style="list-style-type: none"> Öffentliche Verkehrsfläche Öffentlicher Parkplatz Private Verkehrsfläche Öffentliche Grünfläche Private Grünfläche alte Höhen über NN neue 	<ul style="list-style-type: none"> IV Geschoßzahlen Offene Bauweise Geschlossene Bauweise Baufläche 	<ul style="list-style-type: none"> Vorhand. Regenwasserkanal Projekt. Regenwasserkanal Vorhand. Schmutzwasserkanal Projekt. Schmutzwasserkanal 		
Entworfen: Neuß, den 10. 3. 1962 Der Oberstadtdirektor Stadtplanungsamt J. V.: <i>[Signature]</i> Stadtdirektor Angefertigt: Neuß, den 10. 3. 1962 Der Oberstadtdirektor Vermessungs- u. Katasteramt J. V.: <i>[Signature]</i> Beigeordneter Stadt. Obervermessungsamt	Es wird bescheinigt, daß die Darstellung des gegenwärtigen Zustandes richtig und die Festlegung der städtebaulichen Planung genau und eindeutig ist. Neuß, den 10. 3. 1962 <i>[Signature]</i> Stadt. Obervermessungsamt Zu diesem Plan gehören als Bestandteile 1 Grundstücksverzeichnis und 1 Schlußvermerk.	Dieser Plan ist gemäß § 2 (1) B BauG durch Beschluß des Rates der Stadtgemeinde Neuß vom 22. 3. 1962 aufgestellt worden. Neuß, den 11. 5. 1962 Der Rat der Stadt <i>[Signature]</i> Oberbürgermeister Stadtratsmitglied	Nach ortsüblicher Bekanntmachung am 12. 7. 1962 hat dieser Plan mit Begründung gemäß § 2 (6) B BauG in der Zeit vom 19. 7. 1962 bis 12. 8. 1962 öffentlich ausgelegt. Neuß, den 20. 8. 1962 Der Oberstadtdirektor In Vertretung: <i>[Signature]</i> Stadtdirektor	Der Rat der Stadtgemeinde Neuß hat diesen Bebauungsplan gemäß § 10 B BauG i. V. mit § 28 GO NW am 24. 9. 1962 als Satzung beschlossen. Neuß, den 25. 10. 1962 Der Rat der Stadt <i>[Signature]</i> Oberbürgermeister Stadtratsmitglied	Dieser Plan ist gemäß § 11 B BauG mit Verfügung vom heutigen Tage genehmigt worden. Düsseldorf, den 13. 10. 1963 Der Regierungspräsident J. A.: <i>[Signature]</i>	Gemäß § 12 B BauG ist die Genehmigung des Regierungspräsidenten vom 13. Febr. 1963 sowie die öffentliche Auslegung dieses Bebauungsplanes mit Begründung am 19. 7. 1962 ortsüblich bekannt gemacht worden. Neuß, den 13. 3. 1963 Der Oberstadtdirektor In Vertretung: <i>[Signature]</i> Beigeordneter

Textliche Festsetzungen

zum Bebauungsplan 107
- Oberstraße / Hessenstraße / Hessendamm / Omnibusbahnhof -

Redaktionelle Anmerkung: *Rechtskraft 13.03.1963 Es gilt die BauNVO 1962*

1. Nutzungsart

Das Gebiet wird als Geschäftsgebiet ausgewiesen.

2. Bebauung

Bei der Bebauung handelt es sich um ein drei- und ein fünfgeschossiges Geschäftshaus mit Flachdach, dessen Fluchtlinien im Plan festgelegt sind. Die Fluchtlinien liegen in der Projektion der Obergeschosse. Der Bereich der jeweils zurückspringenden Erdgeschosse unterliegt der öffentlichen Nutzung.

3. Verkehr

Die Verlängerung der Zollstraße besteht aus zwei getrennten Fahrbahnen als Zu- und Abfahrt zur geplanten Osttangente sowie zur später zu bauenden Hochstraße. Nach Fertigstellung der Hochstraße wird die Einfahrt von der verlängerten Zollstraße in den Omnibusbahnhof geschlossen. Die ausgewiesenen Tunnel sind als Privatdurchgänge zulässig. Zusätzlich sollen zwei Fußgängerüberwege mit jeweiligem Fahrbahnteiler als Ruhepunkt gebaut werden. Die Verkehrsregelung erfolgt durch eine Verkehrssignalanlage. Die im Plan festgelegten Parkflächen am Kaufhaus sind auf zwei Ebenen verteilt, deren obere - zum Teil auf Stützen stehend - von der Hessenstraße zu erreichen ist, die untere von der geplanten Straße (Hessendamm).

Textliche Festsetzungen

zum Bebauungsplan 332
- An der Münze -

Redaktionelle Anmerkung: *Rechtskraft 30.07.1988 Es gilt die BauNVO 1977*

Von den gemäß § 7 (2) 2 BauNVO allgemein zulässigen Einzelhandelsbetrieben und Vergnügungsstätten sind gemäß §1(5 und 9) BauNVO ausgeschlossen:

Stehimbisse, die nicht im Zusammenhang mit einer Verkaufsstätte oder einer Gaststätte stehen, Sex-Shops, Spielhallen, Sex-Kinos, Peep-Shows, Striptease-Shows, Eros-Center und Dirnenunterkünfte.

Bebauungsplan Nr. 430 Teil B

Der Bebauungsplan besteht aus 2 Blättern

Gemäß dem Bürgerentscheid vom 08.12.1989 (BGBL I S. 2293) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27.08.1997 (BGBL I S. 2141) zuletzt geändert durch Gesetz vom 15.12.2001 (BGBL I S. 2162), die Baunutzungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBL I S. 132), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22.04.1989 (BGBL I S. 466), in Verbindung mit der Planrechtverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 18.12.1980 (BGBL I S. 58) und der Verordnung NRW § 84 in der Fassung der Bekanntmachung vom 1.03.2000 (GV NRW S. 259), geändert durch Gesetz vom 9.05.2000 (GV NRW S. 439).

- Kernstadt (Vergnügungsstätten) -

Maßstab 1 : 1000

Stand der Planunterlage: Juni 2002

Mit dem Inkrafttreten dieses Bebauungsplanes sind die entsprechenden Festsetzungen der für das Flurgebiet höher gültigen Festsetzungen aufzuheben. Es treten insbesondere außer Kraft, die entsprechenden Teile des Bebauungsplans Nr. 2, 2/1, 8/1, 11, 117, 127, 130/2, 130/1, 133/4, 175/1.

BESTANDSANGABEN 	ART DER BAULICHEN NUTZUNG 	
MAß DER BAULICHEN NUTZUNG 0.4 Grundflächenzahl (GRZ) 0.7 Geschossflächenzahl (GFZ) V Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze III-V Zahl der Vollgeschosse als Mindest- und Höchstgrenze IV Anzahl der Vollgeschosse zwingend TH Traufhöhe (Höchstgrenze) FH Firsthöhe (Höchstgrenze) LH Licht Höhe der Durchfahrt OK Oberkante der baulichen Anlage (Höchstgrenze)	BAUWEISE, BAULINIE, BAUGRENZE 0 offene Bauweise SD geschlossene Bauweise B abweichende Bauweise 	BAUORDNUNGS-FESTSETZUNGEN FD Flachdach SD Satteldach PD Pultdach WD Walmdach ID Dachgeschoss als Vollgeschoss 45° Dachneigung
VERKEHRSPFLÄCHEN 	FLÄCHEN FÜR DEN GEMEINBEDARF 	GRÜN- UND LANDWIRT. FLÄCHEN
SONSTIGE PLANZEICHEN 	NACHRICHTLICHE ÜBERNAHME 	FLÄCHEN FÜR VERSORGSANLAGEN
TEXTLICHE FESTSETZUNGEN Art der baulichen Nutzung Von den unter § 6 Abs. 2 Nr. 8 und § 7 Abs. 2 Nr. 2 Baunutzungsverordnung (BauNVO) aufgeführten Vergnügungsstätten sind - Spielhallen und andere Unternehmen im Sinne der §§ 33d und 33i der Gewerbeordnung und - Einrichtungen, deren Zweck auf Darstellungen und Handlungen mit sexuellem Charakter, insbesondere der Schaustellung von Personen im Sinne des § 33a Gewerbeordnung, ausgerichtet ist, gem. § 1 Abs. 9 BauNVO in Verbindung mit § 1 Abs. 5 BauNVO nicht zulässig. Eine Erweiterung der bestehenden Unternehmen ist um bis zu 20% der Bruttogrundfläche gem. DIN 277 zulässig. Die vorgenannten Nutzungen können ausnahmsweise ab dem 1. Obergeschoß zugelassen werden, wenn die Wohnruhe in der näheren Umgebung nicht gestört wird, denkmalgeschützte Bauwerke, Ensembles und Plätze in der näheren Umgebung nicht beeinträchtigt werden und o. g. Betriebe im Gebäude oder in der näheren Umgebung nicht vorhanden sind. Unter näherer Umgebung sind die straßenseitig angrenzenden und die straßenseitig gegenüberliegenden Grundstücke zu verstehen. Wohnungen sind ab dem 1. Obergeschoß gemäß § 1 Abs. 6 BauNVO in Verbindung mit § 7 Abs. 2 Nr. 7 der BauNVO generell zulässig.	<p>Für den Entwurf - Amt für Stadtplanung Neuss, den Der Bürgermeister LV</p> <p>Angemeldet: Vermessungsamt Neuss, den 29.11.2002 LV Doerment 1st. Vermessungsinspektor</p> <p>Dieser Plan ist gemäß § 2(1) BauGB durch Beschluss des Rates der Stadt Neuss vom 27.05.2003 aufgestellt worden. Die Aufstellung wurde am 27.05.2003 öffentlich bekannt gemacht.</p> <p>Neuss, den 27.05.2003 Der Bürgermeister</p> <p>Der Rat der Stadt Neuss hat gemäß § 3(2) BauGB auf dieser Plan mit Begründung gemäß § 3(3) BauGB in der Form von 27.05.2003 öffentlich, öffentlich ausliegen.</p> <p>Neuss, den 27.05.2003 Der Bürgermeister</p> <p>Dieser Plan ist auf Grund der vorhergehenden Arrangements gemäß § 3(3) BauGB durch Beschluss des Rates der Stadt Neuss vom 27.05.2003 geändert worden. Die Änderungen sind in anderer Farbe eingetragenen.</p> <p>Neuss, den 27.05.2003 Der Bürgermeister</p> <p>Dieser Bebauungsplan hat mit gemäß § 1(3) BauGB vorgelegen, (siehe Verfügung vom 27.05.2003)</p> <p>Neuss, den 27.05.2003 Der Bürgermeister</p>	<p>Die Übermittlung der Bestandsangaben mit dem Liegenschaftskataster und der Öffentlichkeit sowie die geographische Einordnung der städtebaulichen Planung werden beschleunigt.</p> <p>Neuss, den 29.11.2002 Der Bürgermeister</p> <p>Die öffentliche Darlegung und Anhörung zum Planentwurf erfolgte gemäß § 3(1) BauGB in der Zeit vom 27.05.2003 bis 27.05.2003. Die öffentliche Bekanntmachung der öffentlichen Darlegung und Anhörung erfolgte am 27.05.2003.</p> <p>Neuss, den 27.05.2003 Der Bürgermeister</p> <p>Nach öffentlicher Bekanntmachung am 27.05.2003 hat dieser Plan mit Begründung gemäß § 3(3) BauGB in der Form von 27.05.2003 öffentlich, öffentlich ausliegen.</p> <p>Neuss, den 27.05.2003 Der Bürgermeister</p> <p>Nach öffentlicher Bekanntmachung am 27.05.2003 hat dieser Plan mit Begründung gemäß § 3(3) BauGB in der Form von 27.05.2003 öffentlich, öffentlich ausliegen.</p> <p>Neuss, den 27.05.2003 Der Bürgermeister</p> <p>Gemäß § 1(3) BauGB ist dieser Bebauungsplan am 27.05.2003 öffentlich bekannt gemacht worden.</p> <p>Neuss, den 27.05.2003 Der Bürgermeister</p> <p>Gemäß § 1(3) BauGB ist die Genehmigung der Bezirksregierung, Düsseldorf, am 27.05.2003 erteilt worden.</p> <p>Neuss, den 27.05.2003 Der Bürgermeister</p>

Für Teilbereiche des B.- Planes 430B gelten zusätzlich noch die Festsetzungen der B. Pläne 2,2/1,8/1,9,107,175/1 und 180.

Textliche Festsetzungen

Bebauungsplan Nr. 430
- Kernstadt (Vergnügungsstätten) -

Redaktionelle Anmerkung: Rechtskraft 02.06.2003 Es gilt die BauNVO 1990

Art der baulichen Nutzung

Von den unter § 6 Abs. 2 Nr. 8 und § 7 Abs. 2 Nr. 2 Baunutzungsverordnung (BauNVO) aufgeführten Vergnügungsstätten sind

- Spielhallen und andere Unternehmen im Sinne der §§ 33d und 33i der Gewerbeordnung und
- Einrichtungen, deren Zweck auf Darstellungen und Handlungen mit sexuellem Charakter, insbesondere der Schaustellung von Personen im Sinne des § 33a Gewerbeordnung, ausgerichtet ist, gem. § 1 Abs. 9 BauNVO in Verbindung mit § 1 Abs. 5 BauNVO nicht zulässig.

Eine Erweiterung der bestehenden Unternehmen ist um bis zu 20% der Bruttogrundfläche gem. DIN 277 zulässig.

Die vorgenannten Nutzungen können ausnahmsweise ab dem 1. Obergeschoß zugelassen werden, wenn

- die Wohnruhe in der näheren Umgebung nicht gestört wird,
- denkmalgeschützte Bauwerke, Ensembles und Plätze in der näheren Umgebung nicht beeinträchtigt werden und
- o. g. Betriebe im Gebäude oder in der näheren Umgebung nicht vorhanden sind.

Unter näherer Umgebung sind die straßenseitig angrenzenden und die straßenseitig gegenüberliegenden Grundstücke zu verstehen.

Wohnungen sind ab dem 1. Obergeschoß gemäß § 1 Abs. 6 BauNVO in Verbindung mit § 7 Abs. 2 Nr. 7 der BauNVO generell zulässig.